

Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum Antrag der Piratenfraktion

Einführung eines „P-Konto für jedermann“ (Drs. 17/0231)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag auf Drs. 17/0231 wird wie folgt geändert:

1.) Artikel I wird wie folgt neu gefasst:

Artikel I

Gesetz zur Änderung des Berliner Sparkassengesetzes

Das Gesetz über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – in eine Aktiengesellschaft vom 28. Juni 2005 (GVBl. S. 346) wird wie folgt geändert:

§ 2 werden folgende Absätze angefügt:

„(5) Die Berliner Sparkasse ist verpflichtet, für natürliche Personen mit Wohnsitz im Geschäftsbereich auf Antrag Girokonten zur Entgegennahme von Einlagen zu führen.

(6) Eine Verpflichtung zur Führung eines Girokontos besteht nicht, wenn

1. der Kontoinhaber Leistungen bei Kreditinstituten missbraucht hat,
2. das Konto ein Jahr lang umsatzlos geführt wurde,
3. das Konto keine Guthaben aufweist und der Kontoinhaber trotz Aufforderung nicht für Guthaben sorgt oder
4. der Sparkasse aus anderen wichtigen Gründen die Aufnahme oder Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen im Einzelfall nicht zumutbar ist.“

2.) Artikel II wird wie folgt neu gefasst:

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündigung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Begründung:

Ein „P-Konto für jedermann“ setzt das Recht auf ein Girokonto voraus, das dann auf Antrag in ein P-Konto umgewandelt werden kann und muss (vgl. § 850k ZPO). Nach dem Vorbild der Sparkassenverordnungen in den anderen ostdeutschen Bundesländern soll das Berliner Sparkassengesetz daher in § 2 Absatz 5 um den Rechtsanspruch auf ein Girokonto ergänzt werden. Zum Schutz vor Missbrauch und der berechtigten Interessen der Sparkasse formuliert § 2 Absatz 6 eng umgrenzte Ausnahmetatbestände, die sich in vergleichbarer Form auch in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt finden.

Berlin, den 16. Januar 2013

Pop Kapek Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen